



Welcome to Hamburg...

Mutiger Schritt: Alle 300 Lampedusa-Flüchtlinge werden bei ver.di aufgenommen

... hieß es bei der feierlichen Aufnahme der ca. 300 Flüchtlingen aus Lybien in die Gewerkschaft Ver.di am 15. August im Innenhof des DGB-Gebäudes am Besenbinder Hof.

Ver.di hat damit ein Zeichen gesetzt für Menschlichkeit, Demokratie und soziale Rechte.

Fredrik Deherdt, der stellvertretende GEW-Vorsitzende, sprach ein Grußwort, in dem er ausdrücklich die Aufnahme der Flüchtlinge durch die Gewerkschaft Ver.di hervorhob und die uneingeschränkte Solidarität der GEW für diesen Akt bekundete. Er kritisierte die verantwortungslose EU-Flüchtlingspolitik, deren Opfer die Flüchtlinge aus Lybien geworden seien, indem

kein Land sich richtig für sie verantwortlich fühle. „So produziert ein inhumanes europäisches Asylsystem tagtäglich humanitäre Katastrophen und aktuell ganz dicht vor unseren Augen.“

Der GEW-Bleiberechtsausschuss hat auf der großen Solidaritätsdemonstration für die Flüchtlinge am 17. August mit ca. 3000 Teilnehmer_innen eine Solidaritätserklärung verteilt, in der es heißt: „Wir, die GEW Hamburg, heißen die libyschen Flüchtlinge in Hamburg willkommen und unterstützen ihre Forderungen nach freiem Zugang zum Arbeitsmarkt, zu Bildung, zu medizinischer und sozialer Versorgung, nach Wohnung und freier Wahl des Aufenthalts-

ortes bzw. Wohnortes innerhalb der EU.“

Wie kamen die Flüchtlinge nach Hamburg?

Die Flüchtlinge aus Lybien haben eine Odyssee hinter sich, die nach menschlichen Vorstellungen kaum erträglich ist: Sie waren in Lybien aus verschiedenen afrikanischen Herkunftsländern eingewandert und waren in verschiedensten Berufen und Branchen tätig, sozusagen als „Gastarbeiter“. Sie hatten als Zimmerleute, Maurer, Fliesenleger, Schweißer, Automechaniker, Friseure, Software-Techniker und als kleine Ladenbesitzer gearbeitet und konnten ihre Familien in Lybien ernähren – bis der Krieg kam, der alles zerstörte und ihr Leben bedrohte. Sie flohen nach Europa, wo sie eigentlich nie hinwollten. Als Bootsflüchtlinge hing ihr Leben auf dem Wasser täglich am seidenen Faden.

In Italien auf der Insel Lampedusa angekommen, mussten sie unter menschenunwürdigen

Bedingungen in Massenlagern leben. Zwar wurde ihr Asylantrag anerkannt, aber ohne jegliche Integrationsmaßnahmen: Unterkunft, Arbeit, Bildung und Essen sowie medizinische Versorgung waren extrem eingeschränkt, die Flüchtlinge lebten in abbruchreifen Häusern, Wellblechhütten und versuchten sich irgendwie selbst zu organisieren. Im Winter 2012/2013 wurden sie dann quasi abgeschoben aus Italien mit entsprechenden Papieren, die ihren Flüchtlingsstatus und humanitären Schutz garantieren. Sie sollten in den Ländern Nordeuropas ihr Heil suchen. So kamen sie nach Hamburg.

Wie erging es ihnen in Hamburg?

Seit Monaten versuchen die Flüchtlinge – bisher vergeblich – eine angemessene Unterkunft, Arbeit und Versorgung zu bekommen. Sie sind seit der Schließung des Winternotprogramms genötigt, auf Hamburgs Straßen als Obdachlose zu leben. „Viele von uns sind traumatisiert und benötigen dringend Hilfe... Unsere Situation in Hamburg ist sehr schlecht und unwürdig. Die Europäische Union sollte uns helfen und unsere Forderungen als Kriegsflüchtlinge erfüllen“, sagt ein Mitglied der Lampedusa-Gruppe.

Die Flüchtlinge fordern einen regulären Aufenthalt nach § 23 Aufenthaltsgesetz. Dieser kann einer Gruppe von Menschen gewährt werden, wenn die Lebensbedingungen in ihrem Land so beschaffen sind, dass ein körperlich und seelisch unversehrtes Leben dort nicht möglich ist.

Dies verweigert aber der Hamburger Senat bisher.

Die Haltung des Hamburger Senats

Der Hamburger Senat und an seiner Spitze Olaf Scholz versteckt sich hinter den Gesetzen der „Festung Europa“ und dem Schengenabkommen, das das

Flüchtlingsproblem an die Außengrenzen der EU verlagert. Dort sind die europäischen Länder wie Griechenland, Italien, Malta, Zypern oder Ungarn für die ankommenden Flüchtlinge verantwortlich und sie können nicht weitergeleitet werden, weil nach dem sog. Dublin II-Verfahren der Asylantrag in dem Land bearbeitet werden muss, in dem der Flüchtling ankommt. So sollen die Flüchtlinge wieder nach Italien abgeschoben werden, in eine unsichere und düstere Zukunft.

Eine andere Flüchtlingspolitik ist nötig!

Die europäischen Außengrenzen sind abgeschottet, Grenzkontrollen durch die Grenzpolizei Frontex, für die die BRD jährlich eine Millionen Euro ausgibt, sollen die Flüchtlinge von Europa abhalten. Weit über 10.000 Flüchtlinge sind schon in den Fluchtbooten umgekommen.

Europa als eine der reichsten Regionen der Welt nimmt nur vergleichsweise wenige Flüchtlinge auf, wenn man bedenkt, dass die größten Flüchtlingsströme millionenfach in die Nachbarländer Afrikas und Asiens gehen, deren Lebensstandard meistens weit unter dem der Länder in Europa liegt.

Europa schiebt fleißig ab und auch Hamburg hat seine Abschiebepaxis weiter verschärft, wie der Flüchtlingsrat auf seiner Pressekonferenz am 28. August feststellte. Nächtliche Abschiebungen sind keine Seltenheit – ein Rückfall in die 1990er Jahre!

Solidarität mit den Flüchtlingen aus Libyen und anderen Ländern

Die „Lampedusa-Flüchtlinge“ erfahren eine große Welle der Solidarität: die große Demonstration am 17.8., viele Basisgruppen, Kirchen, Moscheen, Teile der Gewerkschaften, verschiedene politische Parteien, Persönlichkeiten und Künstler_innen



in der Stadt, Menschen aus St. Pauli, Horn, St. Georg, Altona, Barmbek, Billstedt, Wilhelmsburg – aus fast allen Stadtteilen fordern sie die „Anerkennung nach § 23 Aufenthaltsgesetz“ für die Flüchtlinge aus Libyen. Dabei ist das selbstbewusste, ihre Rechte kennende Auftreten von „Lampedusa in Hamburg“ sehr wichtig. „Wir sind hier, um zu bleiben – wir entscheiden selbst, wann und wohin wir gehen. Und wer glaubt, wir sollten in unsere Geburtsländer zurückkehren, der versucht sich nur der Verantwortung zu entziehen und uns in Elend und Perspektivlosigkeit abzuschieben“, heißt es in ihrem Aufruf zur Demonstration am 17. August.

Auch die anderen in Hamburg lebenden und noch nach Hamburg kommenden Flüchtlinge brauchen unsere Solidarität, d.h. ein Bleiberecht, eine Wohnung, Arbeit, gute medizinische Versorgung und gute Bildung für ihre Kinder!

KARIN HAAS
GEW-Bleiberechtsausschuss